



VORWORT

Zahlen, Daten, Fakten – die demografische Entwicklung im Bereich der Flächenpräsidien

Blickt man auf die Altersstruktur der hessischen Polizei, ist es erforderlich, sich beispielhaft die Flächenpräsidien genauer zu betrachten. Besondere Aussagekraft hat dabei auch eine Binnenbetrachtung, denn innerhalb der Flächenpräsidien sind altersspezifische Merkmale feststellbar. In einer Landtagsanfrage der FDP vom März dieses Jahres wurden unter anderem alle Beamtinnen und Beamten im Polizeivollzug in den Flächenpräsidien in altersspezifischen Korridoren (von 20 bis 29 Jahren, 30 bis 39 Jahren, 40 bis 49 Jahren, 50 bis 59 Jahren sowie über 60 Jahren) in einer Anlage abgefragt. Darüber hinaus erfolgte in der Landtagsdrucksache 19/6151 eine Personal/ Stellenzuordnung der in den jeweiligen Flächenpräsidien vorhandenen Dienststellen.

Zunächst fällt bei einer ersten Bewertung auf, dass das sogenannte Nord/Süd-Gefälle mit Blick auf die Altersstrukturen in den PP'en NH, MH und OH signifikant im Bereich der 20- bis 29-Jährigen von den anderen PP'en abweicht. Dies auch vor dem Hintergrund der bestehenden Versetzungsregularien, die eine Versetzung in die PP'en NH, MH und NH erst nach einer Min-

destverweildauer in den südhessischen Behörden von vier Jahren grundsätzlich zulässt. Im Bereich der 30- bis 39-Jährigen ist das Verhältnis, gemessen am Gesamtpersonalkörper, wieder ausgeglichen. Neben der Altersgruppe (30- bis 39- Jährige) weist die der 50 bis 59-jährigen die zweitgrößte Anzahl von Polizeivollzugsbeamtinnen/-beamten auf.

Auffällig ist die Anzahl der über 60-Jährigen. Hier sind es insgesamt 110 Polizeivollzugsbeamte, die wahrscheinlich alle oder zum größten Teil ihre Lebensarbeitszeit freiwillig verlängert haben.

Darstellung der vorhandenen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten (Stichtag 1. Februar 2018) – Addition der Stellen siehe Tabelle unten

- Polizeipräsidium Frankfurt am Main: 3193
Polizeivollzugsbeamtinnen/-beamte
- Polizeipräsidium Mittelhessen: 1590
Polizeivollzugsbeamtinnen/-beamte
- Polizeipräsidium Nordhessen: 1687
Polizeivollzugsbeamtinnen/-beamte
- Polizeipräsidium Osthessen: 753
Polizeivollzugsbeamtinnen/-beamte
- Polizeipräsidium Südhessen: 1580
Polizeivollzugsbeamtinnen/-beamte



Jens Mohr Herr, stellv. Landesvorsitzender

- Polizeipräsidium Südosthessen: 1476
Polizeivollzugsbeamtinnen/-beamte
- Polizeipräsidium Westhessen: 1808
Polizeivollzugsbeamtinnen/-beamte

Beziehung zwischen Stellen und Köpfen

Die Anzahl der Beschäftigten im Polizeivollzug korrelieren nicht mit den am gleichen Stichtag festgestellten vorhandenen Planstellen in den Flächenpräsidien, weil sich beispielsweise auch mehrere Personen eine Stelle teilen können:

- Polizeipräsidium Frankfurt am Main: 3131
Polizeivollzugsstellen
- Polizeipräsidium Mittelhessen: 1523
Polizeivollzugsstellen
- Polizeipräsidium Nordhessen: 1624
Polizeivollzugsstellen
- Polizeipräsidium Osthessen: 724
Polizeivollzugsstellen
- Polizeipräsidium Südhessen: 1517,5
Polizeivollzugsstellen
- Polizeipräsidium Südosthessen: 1427,5
Polizeivollzugsstellen

Altersstrukturbetrachtung in den Flächenpräsidien (ohne Dienststellenaufschlüsselung):

| Personenanzahl Polizeivollzug | 20–29 Jahre | 30–39 Jahre | 40–49 Jahre | 50–59 Jahre | 60+ |
|-------------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|-----|
| Polizeipräsidium Frankfurt | 817 | 1153 | 627 | 576 | 20 |
| Polizeipräsidium Mittelhessen | 45 | 419 | 580 | 526 | 20 |
| Polizeipräsidium Nordhessen | 60 | 390 | 602 | 614 | 21 |
| Polizeipräsidium Osthessen | 17 | 159 | 261 | 315 | 1 |
| Polizeipräsidium Südhessen | 238 | 441 | 416 | 471 | 14 |
| Polizeipräsidium Südosthessen | 296 | 403 | 335 | 427 | 15 |
| Polizeipräsidium Westhessen | 319 | 501 | 461 | 508 | 19 |
| Gesamt Polizeivollzugsbeamte | 1792 | 3466 | 3286 | 3437 | 110 |



VORWORT

- **Polizeipräsidium Westhessen:**
1745 Polizeivollzugsstellen
Nicht außer Acht zu lassen sind im Gesamtzusammenhang auch die Studierendenzahlen, die seit Beginn der Ausbildungsoffensive in den vier Abteilungen der HfPV zugenommen haben:
Mit Stichtagserhebung 14. März 2018 studieren in den Abteilungen der HfPV:
 - Wiesbaden: 1094 Studierende
 - Mühlheim am Main: 650 Studierende
 - Gießen: 415 Studierende
 - Kassel: 634 Studierende

Damit waren zu dieser Stichtagsregelung 2793 angehende Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte im Studium. Diese Zahl variiert im Laufe eines Jahres, wenn die Semester beendet werden und entsprechende Leistungsnachweise zu erbringen

sind. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass zu entlassende Studierende bei Nichtbestehen der zu erbringenden Leistungsnachweise im Gesamtkontext der Einstellungsoffensive zu berücksichtigen sind, ist eine gesonderte Betrachtung während der Studienjahre erforderlich. Die getroffene Vereinbarung, alle freiwerdenden Anwärterstellen der Studierenden ein halbes Jahr später wieder zu besetzen, zieht die dringend erforderliche Einstellungsoffensive in die Länge und schafft nicht zeitnah die personellen Entlastungen, welche dringend erforderlich sind, im schnellen gewünschten Umfang. So kann beispielsweise die Frage nicht konkret beantwortet werden, wie viele Studierende ihren Vorbereitungsdienst in den Jahren 2018 und 2019 beenden. Der Vollständigkeit halber ist

noch hinzuzufügen, dass auch immer mehr Studierende aus persönlichen Gründen nach wenigen Semestern ihre Stellen kündigen.

Dies macht es im Konzert der konkurrierenden Bundesländer und der Bundespolizei nicht einfacher, die zur Verfügung stehenden Stellen auch mit qualifiziertem Nachwuchs zu besetzen!

Ob alleine die Tatsache, dass sich die Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber erhöht hat, ausreichen wird, qualifizierten Nachwuchs gewinnen zu können, werden die zuvor getroffenen Feststellungen im Zusammenhang mit der Anzahl der Studienabbrecher und der tatsächlich zu den Einstellungsterminen eingestellten Anwärterinnen und Anwärtern zeigen.

Jens Mohrherr,
stellv. Landesvorsitzender

IN EIGENER SACHE

GdP erneuert die Vertrauensleutearbeit

Die GdP will ihre Präsenz und die Wahrnehmung vor Ort in den Dienst-

stellen verbessern. Unser bisheriges Konzept „Vertrauensleute in der GdP“ ist in die Jahre gekommen und bedarf einer Optimierung.

Ziel ist es, möglichst in allen Organisationseinheiten Vertrauensleute zu etablieren. Diese Kolleginnen und Kollegen sind dann die ersten Ansprechpartner für alle gewerkschaftlichen Belange, wie die Entgegennahme von Rechtsschutzanträgen, Auskünfte zu aktuellen gewerkschaftlichen Themen, Weitergabe von Informationen und Pflege der GdP-Bretter in den Dienststellen mit den tagesaktuellen Hinweisen und Infos. Dies soll alles direkt vor Ort geschehen, ohne dass unsere Mitglieder weite Wege oder andere Kommunikationswege beschreiten müssen.

Wir wollen damit den Service direkt vor Ort stärken und den wichtigen Kommunikations- und Informationsfluss für GdP-Mitglieder deutlich verbessern.

Trotz der immer weiter voranschreitenden Digitalisierung ist es uns wichtig, persönlich mit unseren Mitgliedern im Gespräch zu bleiben um Anregungen wie auch Kritik unmittelbar aufnehmen zu können und das „Wir-Gefühl“ und die Solidarität zu stärken.


Liebe Mitglieder, wenn ihr euch angesprochen fühlt und Lust habt, als Vertrauensmann/-frau in unserer GdP mitzuarbeiten, dann spricht bitte eure Kreisgruppen- oder Bezirksgruppenvorstände an.



Die Vertrauensleute in der GdP werden mit umfangreichen Materialien für den täglichen Bedarf ausgestattet. Außerdem werden alle Vertrauensleute nachhaltig für ihre Aufgaben geschult und vorbereitet.

Mach mit, bring dich ein. Nur zusammen sind wir stark!

Eure Gewerkschaft der Polizei Hessen



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Markus Hüschentbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446



FRAUENGRUPPE



Bildungsfahrt der GdP-Frauengruppe Hessen



14. bis 15.09.2018

Weimar und KZ-Gedenkstätte Buchenwald

Tag 1:

- ☀ Abfahrt im Polizeipräsidium in Gießen um 10.00 Uhr
- ☀ Weiterer Halt mit der Möglichkeit des Zusteigens bei der PAST in Bad Hersfeld (gegen 11.00 Uhr)
- ☀ Ankunft im Hotel "Park Inn" in Weimar gg. 13.00 Uhr
- ☀ 15.00 Uhr - Stadtführung Weimar (Thema: Große Frauenpersönlichkeiten), danach freie Zeit in Weimar
- ☀ Rückkehr zum Abendessen im Hotel
- ☀ Gemütliches Beisammensein im Hotel oder Nutzen des Wellnessbereichs im Hotel

Tag 2:

- ☀ 09:30 Uhr - Abfahrt am Hotel zur KZ-Gedenkstätte Buchenwald
- ☀ 10:30 Uhr - Filmvortrag und anschließende Führung durch die Gedenkstätte mit dem Thema: "Das Leben der Frauen und Kinder im KZ Buchenwald".
- ☀ Anschließend besteht freie Gestaltungsmöglichkeit in der Gedenkstätte, z.B. Besuch einer Ausstellung
- ☀ Abfahrt an der Gedenkstätte gg. 15.00 Uhr
- ☀ Rückkehr in Bad Hersfeld gg. 16.30 Uhr, Rückkehr in Gießen gg. 17:30 Uhr

Eingeladen sind alle GdP-Frauen des Landesbezirks Hessen. Wir erheben einen kleinen Eigenanteil in Höhe von 30 Euro. Eingeschlossene Leistungen sind: Fahrt im Reisebus, kleiner Imbiss im Bus (Hinfahrt), Abendessen, Übernachtung und Frühstück im Hotel, Stadtführung in Weimar und Gruppenführung in Buchenwald. Wer teilnehmen möchte, kann sich auf der Homepage der GdP Hessen bis 10.08.2018 online anmelden (www.gdp.de/hessen). Anmeldungen und weitere Infos sind ebenfalls möglich per Mail an heike.grosser.gdp@web.de. Der Eigenanteil von 30 Euro ist bis zum 17.08.2018 zu überweisen. IBAN:DE7051090000006784003.

Für das Seminar kann Dienstbefreiung beantragt werden: Nach § 69 Abs. 3 HBG (Beamtinnen und Beamte) oder § 1 Abs. 3 HBG i.V.m. § 29 TV-H (Tarifbeschäftigte).



SPD Hessen stellt Pläne für Innenressort und Polizei vor

Am 19. Juni 2018 lud der SPD-Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel hessische Personalratsvorsitzende, Gewerkschafter und Vertreter kommunalen Spitzenverbände zum Meinungsaustausch in den hessischen Landtag ein. Die überwiegende Mehrheit des Publikums waren Polizisten und Feuerwehrleute.

Schäfer-Gümbel stellte die 47-jährige Nancy Faeser als Kandidatin für das Amt der Innenministerin vor. Die innenpolitische Sprecherin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende ist von Haus aus Juristin, und gehört dem Landtag seit 2003 an.

Nancy Faeser legte nun ihre Pläne für den Bereich Inneres, Kommunales und Sport im Falle eines Wahlerfolges vor. Für den Polizeibereich sind dies folgende Punkte:

- **Pro Schicht soll es auf jeder Polizeistation und jedem Polizeirevier eine Streifenwagenbesatzung mehr geben. Das würde zusätzliches Personal in Höhe von ca. 1200 Stellen bedeuten.**
- **Die Kriminalpolizei soll ebenfalls verstärkt werden, z. B. bei Cybercrime und WED**

- **Das Hessische Personalvertretungsgesetz soll deutlich verbessert werden. Die von einer CDU/FDP-Regierung durchgeführten Verschlechterungen führten dazu, dass das HPVG die schlechteste Freistellungsregelung und Beteiligungsrechte bundesweit haben. Das soll korrigiert werden.**
- **Die Polizeizulage soll wieder ruhegehaltstauglich werden.**
- **Die Wochenarbeitszeit soll auf 40 Stunden gesenkt werden.**
- **Rückkehr in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder**
- **Anpassung DUZ**

Um sich mit Polizeibeschäftigten auszutauschen, plant Nancy Faeser, in den nächsten Wochen viele Reviere und Stationen besuchen, um sich die Sorgen und Probleme der Kollegen anzuhören. Auf die (von Schwarz-Grün eingeführte) von vielen ungeliebte Kennzeichnungspflicht bei geschlossenen Einsätzen angesprochen antwortete sie, dass sie grundsätzlich nicht dafür sei, die Regelung aber auch von künftigen Koalitionspartnern abhängen würde.

Wir sind gespannt, welche Vorschläge andere Parteien für den Poli-



Nancy Faeser während der Pressekonferenz im Landtag

zeibereich haben, und stehen grundsätzlich allen aktuell im hessischen Landtag befindlichen Parteien für Gespräche zur Verfügung.

Außerdem finden am **30. August 2018** in Wiesbaden wieder unsere Wahlprüfsterne statt, bei denen die innenpolitischen Sprecher der Fraktionen wieder im Gespräch mit der GdP ihre Pläne diskutieren können.

Markus Hüschenbett

AKTION „5 VOR 12“ IN KASSEL

ÖD Gewerkschaften im DGB setzen ein Zeichen

Die Landtagswahlen kommen immer näher und es war an der Zeit daran zu erinnern, was in den letzten fünf Jahren für die Beschäftigten und Beamten im öffentlichen Dienst in Hessen schlecht lief.

Gemeinsam mit den ÖD Gewerkschaften im DGB Nordhessen wurde die Idee geboren, den Tag des öffentlichen Dienstes als Ausrufezeichen in Richtung Landesregierung zu setzen.

Ende Juni war es dann soweit. Mit der GEW und ver.di brachte die GdP um die 100 Teilnehmer auf den Opernplatz in Kassel zusammen.

Jede Gewerkschaft hielt eine kurze Rede und Jenny Huschke, DGB Vorsitzende in Nordhessen, startete dann die Aktion „5 vor 12“. Es wurden 12 rote mit Heliumgas befüllte Ballons mit 12 Forderungen der ÖD-Gewerkschaften um 11.55 Uhr in Rich-

tung Wiesbaden los gelassen. Bei den Forderungen der GdP handelte es sich um:

- Ruhegehaltstauglichkeit der Polizeizulage
- Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder
- Einführung einer Polizeibesoldung (Besoldung P)
- Deutliche Hebung der Beförderungsmöglichkeiten
- Übernahme des Tarifabschlusses mit 7,2 % für alle Beschäftigten 2019

Eine kleine, aber feine Aktion war nach einer Stunde wieder beendet.

Die Aktion wurde von der örtlichen

Presse am nächsten Tag in der Zeitung veröffentlicht. Lasst uns gemeinsam den Druck auf die Landesregierung weiter ausüben, damit Benachteiligungen für den öffentlichen Dienst in Hessen, wie nach der Wahl vor fünf Jahren, überhaupt keine politische Option mehr sind!

Stefan Ruppel



GdP-ERFOLG

GdP-Fachveranstaltung zum Thema DEIG im vergangenen Jahr überzeugte Politik und Polizeiführung

GdP begrüßt Weiterentwicklung der technischen Ausstattung der Polizei – Professionelle Arbeit setzt gleichwertige technische Ausstattung voraus

Bereits im Januar 2017 führte die GdP Hessen ein Fachsymposium zum Thema DEIG (Distanz-Elektroimpulsgerät) durch. Viele Kolleginnen und Kollegen der hessischen Polizei hatten sich an ihre GdP gewendet und die Prüfung der flächendeckenden Einführung eines DEIG hinterfragt. Schon länger hat die Gewerkschaft der Polizei diese Diskussion geführt. „Dabei haben wir die Fachlichkeit sehr gewissenhaft mit einbezogen“, sagte der stellvertretende Landesvorsitzende Jens Mohrherr heute in Wiesbaden. Mohrherr weiter: „Aussagelose Forderungen, wie wir es von anderen Gewerk-

schaften hören, entbehren jedweder fachlichen Grundlage!“



Detailansicht des DEIG

64.000 Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten bundesweit, davon alleine über 3.000 in Hessen im Jahre 2017 sprechen hier eine deutliche Sprache.

Ein im letzten Jahr initiiertes Pilotversuch beim Überfallkommando des

Polizeipräsidiums Frankfurt am Main und dem 1. Polizeirevier in Offenbach brachte nunmehr die erwarteten Ergebnisse.

Das Distanz-Elektroimpulsgerät hat sich als ein deeskalierendes Einsatzmittel bewährt. Die Androhung des Einsatzes des DEIG hatte in vielen dokumentierten Fällen dazu beigetragen, dass die Lagen vor Ort durch unsere einschreitenden Beamtinnen und Beamten deeskaliert werden konnten.

„Dies ist nicht zuletzt ein positiver Beitrag für die Sicherheit unserer einschreitenden Kolleginnen und Kollegen, die immer häufiger gewaltbereiten Menschen auch in Alltagssituationen gegenüberstehen“, stellte Mohrherr fest.

Die Grundlage für den Einsatz der Geräte ist immer eine kontrollierbare Lage.

Bei Einsatzlagen wie Demos oder in Fußballstadien kann dies somit nicht zielführend sein. Das DEIG bewirkt eine sofortige Muskelblockade und eine komplette Handlungsunfähigkeit, die mehrere Sekunden anhält.

Zentrale Punkte bei der sukzessiven und flächendeckenden Einführung sind jedoch die Parameter der Einsatz- und Anwendungskonzeption, ein Ausstattungskonzept und die vorbereitende Aus- und Fortbildung in den polizeilichen Einsatztrainings.

Die jetzt begonnene Einführung des Distanz-Elektroimpulsgerätes stellt unseren Kolleginnen und Kollegen ein geeignetes Mittel zur Verfügung, um den täglichen Gefahrsituationen noch besser begegnen zu können, bilanzierte der stellvertretende Landesvorsitzende der GdP Hessen, Jens Mohrherr.

GdP-Landesvorstand Hessen



Hier wurde der Grundstein für die Einführung des DEIG gelegt: Die GdP-Fachtagung im Januar 2017



**Gut,
dass es
sie gibt.**

Gewerkschaft der Polizei



Wer ist schon gern ein Bastard?

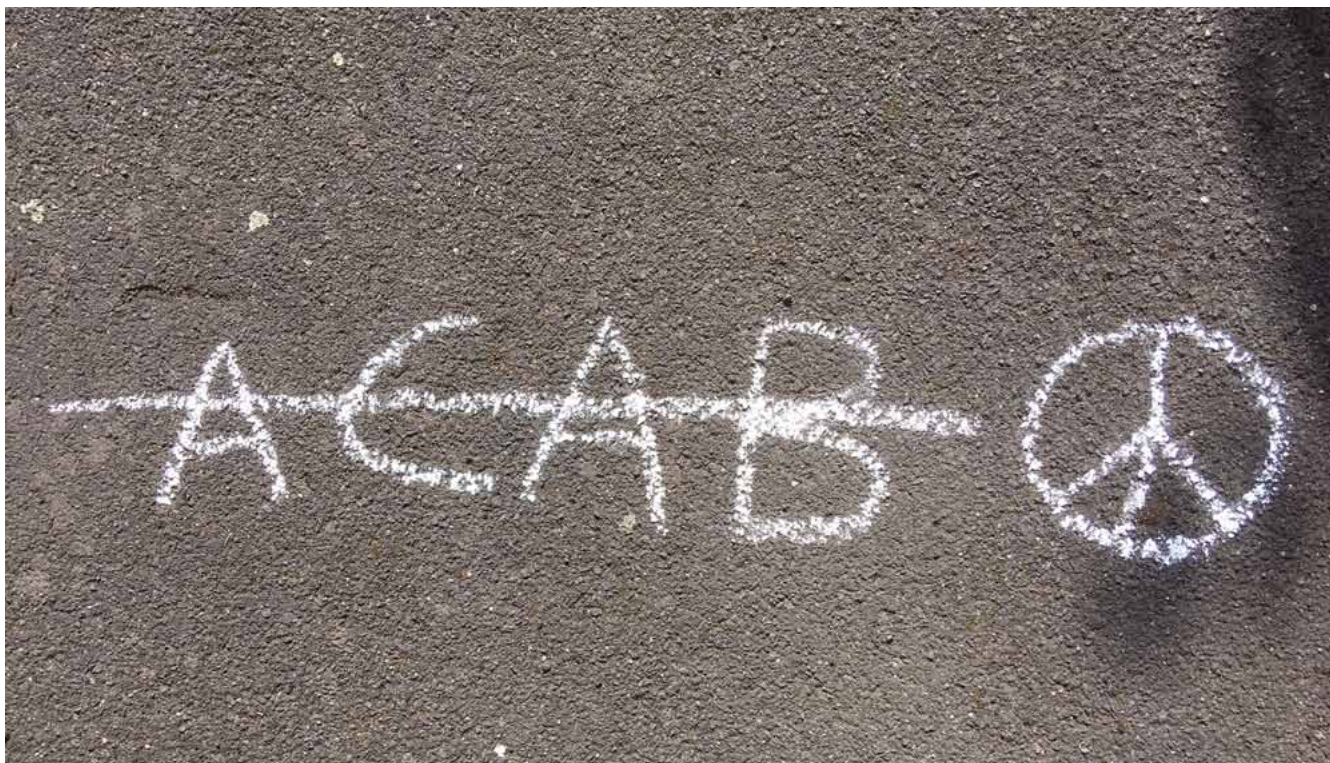
Mitte Juni 2018 hat die Frankfurter Stadtverordnete Merve Ayyildiz mit anderen Mitgliedern der Partei DIE LINKE gegen eine Veranstaltung einer früheren Pegida-Aktivistin anlässlich des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni demonstriert. Das ist natürlich ihr gutes Recht. Bei der Demonstration trug sie eine T-Shirt mit der Aufschrift ACAB („All Cops are Bastards“). Auch das ist laut Bundesverfassungsgerichtsurteil aus dem Jahr 2016 rechtskonform. Das BVG erklärte, dass mit dem Satz eine „allgemeine Ablehnung der Polizei und ein Abgrenzungsbedürfnis gegenüber der staatlichen Ordnungsmacht zum Aus-

Merve Ayyildiz, Martin Kliem und eben Michael Müller, lächelnd zeigt, hatte Müller selbst gepostet. Bei genauem Hinsehen finden sich auf der Vorderseite noch die Zusätze „La Familia Street Culture“ und „No Cooperation con la Policia“ (keine Kooperation mit der Polizei). Die Recherche im Internet zeigt bei Shirts mit diesem Aufdruck auf der Vorderseite auch die Rückseite des Shirts, die nicht auf dem Foto zu sehen ist: „La Familia“, 1312 (Zahlencode für ACAB nach Position im Alphabet) und „Sangre por Sangre“ (Blut für Blut).

Nur eine Meinungsäußerung also? Was will man damit ausdrücken,

Menschen aus brennenden Autos, springen Ertrinkenden hinterher, beschützen Frauen, die von ihren Männern krankhausreif geschlagen werden, und verhindern, dass bei der nächsten Großveranstaltung Menschen von Extremisten gesprengt oder überfahren werden. Diese „Bastarde“ retten Geiseln und spüren Betrüger, Pädophile und Mördere auf. Zum Dank dürfen sie sich als „Bastarde“ beleidigen lassen.

Zugegeben, wenn DIE LINKE gelegentlich mit dem wiederverwendbaren Plakat mit der Aufschrift „Wir stehen an eurer Seite“ auf GdP-Demos erscheint, habe ich noch niemanden



druck“ gebracht würde, und dieser nur als Beleidigung anzusehen sei, sofern er sich auf eine „hinreichend überschaubare und abgegrenzte Personengruppe“ beziehe. So weit, so gut. Der Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle und Pressesprecher von DIE LINKE, Michael Müller, nahm seine Genossin Ayyildiz in Schutz. Bei der Abkürzung „ACAB“ wurde es sich nur um eine Meinungsäußerung handeln. Das Foto, welches die drei Stadtverordneten von DIE LINKE,

wenn man solche Parolen auf der Kleidung trägt, und das bei einer Demonstration, bei der die Polizei dafür sorgt, dass jeder seinem Demonstrationsrecht nachkommen kann? Was möchte man in denjenigen auslösen, die eben Cops sind? Ist das etwas anderes, als wenn man demjenigen das Wort Bastard direkt ins Gesicht sagt?

Liebe Frau Ayyildiz, lieber Herr Müller, diese „Bastarde“ setzen täglich ihr Leben für die Allgemeinheit aufs Spiel. Diese „Bastarde“ ziehen

dort mit solchen Parolen gesehen. Etwas mehr als dieses Lippen- bzw. Plakatbekenntnis würden wir uns zum Thema „Meinungsäußerung“ jedoch sehr dringend wünschen. Warum man sich als Repräsentant einer demokratischen Partei die gleiche Bekleidung bestellt wie Rechtsextreme und Hooligans, kann ich nicht verstehen.

Markus Hüschenbett

**Quellen: Hessenschau vom 18. 6. 2018
Frankfurter Rundschau vom 22. 6. 2018**



Einladung zu den Wahlprüfsteinen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Gewerkschaft der Polizei Hessen veranstaltet traditionell vor Landtagswahlen ihre sogenannten

„Wahlprüfsterne“.

Zu dieser Veranstaltung laden wir die innenpolitischen Sprecher oder deren Vertreter aller im Landtag vertretenen Parteien am

30. August 2018, 14 Uhr, ins Dorint Hotel Wiesbaden ein.

Wir planen die Veranstaltung mit einem Zeitrahmen von etwa zwei Stunden.

Wir möchten im Rahmen einer Podiumsdiskussion unter Beteiligung unseres Landesvorsitzenden Andreas Grün polizeirelevante Themenfelder diskutieren.

Moderiert wird die Veranstaltung von Robert Hübner vom Hessischen Rundfunk. (Hessenschau, Polizeireport Hessen).

Bei dieser Veranstaltung wollen wir insbesondere die Themenfelder:

- Stellenstruktur der Hessischen Polizei
- Beförderungs- und Hebungsmöglichkeiten (Karrierechancen)
- Besoldungssituation der hessischen Polizistinnen und Polizisten (Besoldung-P)
- Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage
- Flächendeckender Rollout DEIG/Taser

erörtern und diskutieren, um die Standpunkte der Parteien zu diesen für uns wichtigen Themen zu erfahren.

Bitte wendet Euch wegen der Anreise an Eure Bezirksgruppen.

Landesvorstand GdP Hessen



Diskussionsrunde der
Wahlprüfsterne 2013

EINSATZTRAINING

GdP-Arbeitsgruppe „Notintervention“ abgeschlossen

Die Gewerkschaft der Polizei hatte im Frühjahr dieses Jahres die Arbeitsgruppe „NIT“ ins Leben gerufen, weil aus den Reihen der Teilnehmer zahlreiche Beschwerden über den Ablauf und die Konzeption an uns herangetragen wurden.

Unter der Leitung von Lars Elsebach hat die AG unter Beteiligung der Fachlichkeit der hessischen Polizeiakademie und weiteren Fachleuten für lebensbedrohliche Einsatzlagen das vorliegende Konzept analysiert und Verbesserungsvorschläge erarbeitet.

Das Abschlusspapier haben wir am Rande der Sitzung des Hauptpersonalrates am 18. Juni 2018 an den Landespolizeivizepräsidenten Wilfried Schmäing übergeben.

Einen ausführlichen Bericht hierzu findet ihr auf unserer Homepage: www.gdp.de/hessen.

Andreas Grün



Jens Mohrherr, Wilfried Schmäing, Andreas Grün mit dem NIT-Abschlusspapier

TERMINE

30. 8. 2018, 14 Uhr Wahlprüfsterne,
Dorint Hotel Wiesbaden

6. 9. 2018, 19:30 Uhr
Blaulicht-Milieu-Party,
Gleis 1 Kassel

STERBEFÄLLE

Es starben

Hans-Joachim Döring
Bezirksgruppe Frankfurt

Manfred Szameitat
Kreisgruppe HLKA

Willi Kettenbach
Kreisgruppe Untertaunus

Günther Köhler
Kreisgruppe HBP Kassel

**Wir werden den Verstorbenen ein
ehrendes Andenken bewahren!**

POLIZEI DEIN PARTNER

Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Hessen haben.

Hilf uns, unsere Präventionsschriften für die GdP in Hessen zu bewerben und herauszubringen.
Nähere Informationen erhältst du unter www.VDPolizei.de.
Oder ruf uns an unter Telefon 0211/7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 02 11 / 71 04-183, Frau Antje Kleuker
Antje.Kleuker@VDPolizei.de

www.VDPolizei.de

